

Strahlentelex

mit ElektromogReport

Unabhängiger Informationsdienst zu Radioaktivität, Strahlung und Gesundheit

ISSN 0931-4288

www.strahlentelex.de

Nr. 666-667 / 28. Jahrgang, 2. Oktober 2014

Atommüll:

KritikerInnen richten eine Online-Datenbank über Atommüll-Standorte ein, was die Politik und die AKW-Betreiber bisher versäumten.

Seite 2

Atommüll:

79 Milliarden Euro Mehrertrag ist den Energiekonzernen aus ihren 36 Milliarden Euro Rückstellungen für die AKW-„Entsorgung“ erwachsen.

Seite 5

Atommüll:

Zwei Rechtsgutachten von Greenpeace und BUND-NRW zeigen: Der geplante Atommülltransport aus Jülich in die USA wäre illegal.

Seite 6

Folgen von Fukushima:

Eine erhöhte Sterblichkeit und Fehlbildungen durch radioaktiv kontaminierte Nahrung zeigen Fütterungsversuche bei Schmetterlingen.

Seite 11

Atommüll

Sieben Wochen Herbstkampagne zum Atommüldesaster

„Tatorte in Deutschland“ – Anti-Atominitiativen starten eine Herbstkampagne www.atommuell-alarm.info

Das Atommüldesaster hat viele Facetten. Rostende Fässer, kontaminierte Böden, variierte Endlager und Zwischenlager, die zu Dauerlagern werden. Mit einer Unterschriftensammlung und vielen hundert Veranstaltungen und Aktivitäten in den nächsten sieben Wochen im ganzen Land haben Verbände und Initiativen am 2. September-Weekend eine öffentliche Diskussion über die akuten Atommüll-Probleme gestartet.

Dabei beziehen sich die Initia-

toren sowohl auf die aktuelle Auseinandersetzungen an Standorten, rufen aber auch dazu auf, überall geeignete Formen der öffentlichen Auseinandersetzung und Stellungnahme zu veranstalten: „Wir wollen die Diskussion vom Kopf auf die Füße stellen und über die akuten Probleme und Gefahren an den vielen Orten im ganzen Land diskutieren, an denen der Atommüll tatsächlich liegt. Und das ist praktisch überall in Deutschland.“

Zum Auftakt erschien eine

bundesweite Zeitung, führten Aktive eine Atommüll-Tatort-Inszenierung bei der Braunschweiger Kulturnacht auf und in Hamburg fand eine Hafentour zu den dortigen Tatorten statt.

Auf einer Auftaktveranstaltung am 17. September 2014 im taz-café in Berlin präsentierte die Autorin des „Atommüllreports“ Ursula Schönberger eine interaktive Karte (www.atommüllreport.de).

Die Herbstkampagne soll ins öffentliche Bewusstsein rücken, dass es viele Atommüll-Brennpunkte in Deutschland gibt. Gefordert wird von der Bundesregierung eine umfassende Atommüldiskussion. Für die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. (BI) forderte ihr Sprecher Wolfgang Ehmke das sofortige Ende der Atommüllproduktion. Ein Drittel aller hochradioaktiven Abfälle würden bis zum Jahr 2022 erst noch anfallen: „Das ist unverantwortlich angesichts des Atommüldilemmas.“

Deutlich wurde aber auch, dass sich die Konzerne, die mit der Atomstromproduktion über Jahrzehnte hohe Gewin-

ne erzielt haben, sich aus der finanziellen Verantwortung für die Kosten der nuklearen Entsorgung herausziehen. Swantje Küchler, Leiterin Energiepolitik der Forschungsgruppe FÖS, legte dar, dass durch Zinsgewinne und Binnenfinanzierung aus den steuerfreien Rückstellungen der Stromkonzerne für die nukleare Entsorgung fast 80 Milliarden Euro Gewinn angefallen sind. Ob aber die 36 Milliarden Euro Rückstellungen, die dagegen in den Bilanzen für diesen Zweck ausgewiesen werden, tatsächlich aufgebracht werden können, ist trotzdem fraglich, weil die Konzerne angeschlagen sind. Umso wichtiger sei es, diese Gelder in einen öffentlich-rechtlichen Fonds einzubringen.

„Entgegen der Behauptung der Bundesregierung, es gebe nur noch ein Problem mit dem langfristigen Umgang mit dem Atommüll, gibt es unzählige akute Probleme und Gefahren im ganzen Land“, erklärte Kampagnensprecher Peter Dickel, „etwa den geplanten Export hochradioaktiven Mülls in die USA, die akuten Auseinandersetzungen um Atommüll auf Hausmülldeponien

und den Abriss von AKWs, die Neueinrichtung von Zwischenlagern, die Aufhebung der Genehmigung des Brennelement-Lagers Brunsbüttel durch das Oberverwaltungsgericht Schleswig und die Probleme bei der Rückholung des Mülls aus ASSE II. Wer uns einen langfristig sicheren Umgang mit Atommüll verspricht, muss erstmal nachweisen, dass er heute alles dafür tut, die akuten Gefahren für die Gesundheit und Sicherheit der Bevölkerung zu minimieren. Davon kann keine Rede sein. Vertrauen entsteht nicht durch Versprechungen, sondern durch überprüfbares Handeln.“

Auf Einladung von Initiativen in Nordrhein-Westfalen informiert ab dem 21. September Tom Clements von der US-amerikanischen NGO Savannah River Site (SRS) Watch auf einer Rundreise durch Deutschland über die geplanten Atommüll-Exporte in die USA.

Getragen wird der Atommüll-Alarm vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), ROBIN WOOD und IPPNW, der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD und der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg. Zahlreiche Initiativen im ganzen Land beteiligen sich mit eigenen Beiträgen.

Alle Informationen unter www.atommuell-alarm.info ●

Atommüll

KritikerInnen richten Online-Datenbank über Atommüll-Standorte ein

Bürgerinitiativen und Verbände unter Federführung der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad haben am 19. September 2014 in Hannover die Online-Datenbank

www.atommuellreport.de

vorgestellt. Sie gibt an, an welchen Orten in Deutschland welcher Atommüll liegt. Die Datenbank basiert auf einer 2013 erstellten 272-seitige „Bestandsaufnahme Atommüll“ und soll Journalisten, Experten und der interessierten Öffentlichkeit als Rechercheinstrument zur Verfügung stehen. Diese bisher einmalige Übersicht wird laufend aktualisiert und soll langfristig fortgeführt werden. Sie wird ausschließlich durch Spenden finanziert.

„Der Weg zur Klärung des langfristigen Umgangs mit Atommüll fängt nicht bei der Diskussion geologischer Formationen an“, erläutert die Politikwissenschaftlerin Ursula Schönberger, die das Projekt leitet, „sondern bei der Bestandsaufnahme des Atommülls. Erst die standortscharfe Analyse macht die Komplexität des Problems deutlich und macht eine lösungsorientierte Diskussion möglich. Es wäre die Aufgabe des Bundes gewesen, eine solche Bestandsaufnahme vorzulegen“, kritisiert Schönberger, „dort wird die tatsächliche Problemvielfalt jedoch durch abstrakte Summenbilder von „wärmentwickelnden“ oder „gering wärmentwickelnden“ bzw. „konditionierten“ und „nicht konditionierten Abfällen“ kaschiert und ganze Abfallströme werden einfach wegdefiniert.“ Aktuell sei etwa das Beispiel der Castorbehälter mit Brennelementkugeln aus Nordrhein-Westfalen, die zu Forschungsmüll umdeklariert in die USA exportiert werden sollen.

Das Projekt entstand im Rahmen der Atommüllkonferenz (www.atommuellkonferenz.de), zu der betroffene Standorte, Verbände und unabhängige WissenschaftlerInnen zweimal jährlich zusammenkommen. Es soll als unabhängige, breit getragene fachliche Einrichtung auch dazu dienen, das Wissen und die Erfahrungen generationenübergreifend zu sichern.

Auf der 5. Atommüllkonferenz am 30. August 2014 in Kassel plädierte der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Wolfgang Irrek von der Hochschule Ruhrwest dafür, bei der Atomenergie ähnlich wie bei der Kohle von Ewigkeitsfolgen und Ewigkeitskosten zu reden. Notwendig sei, die tatsächlichen Kosten transparent zu machen und ihre Deckung

Atommüll

Stille Freisetzung der Hinterlassenschaften des Atomzeitalters

Fehler und Unlogik im Konzept der Freigabe radioaktiver Stoffe in die Umwelt nach der deutschen Strahlenschutzverordnung

Das Augenmerk des öffentlichen Interesses ist bisher allein auf die Sorge um den Verbleib hochaktiven Atommülls gelenkt. Nach dem „Gesetz zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für Wärme entwickelnde radioaktive Abfälle (Standortauswahlgesetz – StandAG)“ vom 23. Juli 2013 wurde zur Vorbereitung eines Standortauswahlverfahrens eine „Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“ gebildet, die sich speziell mit dieser Sorte Atommüll befassen soll. Der macht jedoch lediglich fünf Prozent der Materialien aus dem Abriss der stillgelegten Atomkraftwerke aus. Aus dem Rückbau von Atomkraftwerken fallen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten aber auch noch viele Millionen Tonnen „geringer aktiver“, das heißt nicht wärmentwickelnder Atommüll an. Dieser wird von den Anlagenbetreibern „freigemessen“ und von den Behörden freigegeben. Unerkannt und unbemerkt von der Öffentlichkeit und praktisch nicht mehr rückholbar landet er auf Bauschutt- und Hausmülldeponien, in Müllverbrennungsanlagen, im Straßenbau, bei der Betonherstellung sowie in Hochöfen, Metallre-

durch die Betreiber insolvenzfest abzusichern. Beides wäre die Aufgabe von Politik und Betreibern, finde aber bisher nicht statt. Es bestehe die Gefahr, dass die Gewinne privatisiert, die Folgen aber sozialisiert werden. Das Portal www.atommuellreport.de liefert einen Beitrag, in diesem, wie auch anderen Bereichen Transparenz herzustellen. ●

cyclinganlagen und Gießereien. Das führt zu einer flächendeckenden Erhöhung der Strahlenbelastung und damit auch des Strahlenrisikos für die Bevölkerung. Mit der Neufassung der Strahlenschutzverordnung im Jahr 2001 wurde diese für die AKW-Betreiber billige Form der Atommüll-„Entsorgung“ stark vereinfacht und 2011 erweitert geregelt – ohne vorherige öffentliche Diskussion.

Um eine Vorstellung von den Mengen zu geben: Zum Beispiel sind bereits seit 1996 bis Mitte 2010 auf der Deponie Ihlenberg bei Schönberg, östlich von Lübeck, rund 14.530 Tonnen freigemessene radioaktive Abfälle aus dem stillgelegten Atomkraftwerk Lubmin bei Greifswald abgelagert worden. [1]

Nach Darstellung der Energiewerke Nord GmbH (EWN) fallen allein aus dem Kernkraftwerk Greifswald insgesamt 1,8 Millionen Tonnen Abrissmaterialien an. Davon werden circa 1,7 Millionen Tonnen, nämlich 1,2 Millionen Tonnen radiologisch restriktionsfreie Materialien (die bisher schon nicht den Kontrollvorschriften des Atomgesetzes unterstanden) und circa